

Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am
21.06.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Rainer Lux (Vorsitzender)

Herr Frank Strothmann

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Herr Hans Hamann

Herr Holm Sternbacher

Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Künnemann

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Frau Karin Schrader (SPD)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Becker – Umweltbetrieb (zu TOP 11 und 19)

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 17.05.2011

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 17.05.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Antrag der Ratsfraktion Die Linke zu Veränderungen in der Ertragslage der Stadt aufgrund von bundes- und landesgesetzlichen Veränderungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2678/2009-2014

Frau Schmidt erklärt, dass der Verwaltung ihres Erachtens hätte klar sein müssen, dass es sich bei dem Antrag eigentlich um eine Anfrage handeln sollte. Ihrer Fraktion sei diesbezüglich ein Irrtum unterlaufen. Unabhängig

davon hätte sie eine Beantwortung der Fragen in der heutigen Sitzung erwartet. Die Herren Rees, Hamann und Werner weisen die Kritik an der Verwaltung als unberechtigt zurück und stellen übereinstimmend fest, dass sich die von der Fraktion „DIE LINKE“ erbetenen Informationen aus der Vorlage zum 1. Tertiärsbericht 2011 ergeben. Die darüber hinaus gehenden Finanzplanungsdaten seien dann im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 zu ermitteln und entsprechend zu berücksichtigen. Herr Rees und Herr Hamann erklären, dass daher aus ihrer Sicht keine Notwendigkeit bestehe, den Antrag aufrecht zu erhalten. Frau Schmidt erklärt, dass sie den Antrag trotzdem zur Abstimmung stellen wolle.

Beschluss:

Wir bitten die Verwaltung, die absehbaren Auswirkungen auf den Gesamthaushalt und die Finanzplanung der Stadt aufgrund von bundes- und landesgesetzlichen Veränderungen im nächsten Finanzausschuss darzustellen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 5

Ausgestaltung des Zins- und Schuldenmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2591/2009-2014

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Ausgestaltung des Zins- und Schuldenmanagements zur Kenntnis.

Zu Punkt 6

Berichtswesen zum Produkthaushalt 2011 - 1. Tertiärsbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2661/2009-2014

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Ergebnisse des 1. Tertiärsbericht 2011 zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Bericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen zum Stand 30.4.2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2722/2009-2014

Herr Rees stellt fest, dass die Umsetzung des HSK offensichtlich hinter den Planungen zurück bleibe. Auch im Hinblick auf seines Wissens bestehende Berichtspflichten gegenüber der Bezirksregierung frage er sich, wie mit den aufgezeigten Differenzen umzugehen sei. Aus dem vorliegenden Bericht ergeben sich keine Gegensteuerungsmaßnahmen. Es sei unklar, ob dazu eine Initiative von der Politik ausgehen müsse oder ob die Verwaltung von sich aus aktiv werde. Herr Löseke erklärt, dass das HSK in einem dezentralen Verfahren aufgestellt worden sei. Kompensationen für nicht oder nicht in vollem Umfang umsetzbare Maßnahmen seien ebenfalls dezentral von den zuständigen Bereichen zu benennen. Er werde die Nachfrage zum Anlass nehmen und sich Informationen zum Stand der Gegensteuerungsmaßnahmen von den Dezernaten beschaffen. Herr Hamann stimmt der Einschätzung von Herrn Rees zu und führt aus, dass die Umsetzung der HSK-Maßnahmen unter diesen Rahmenbedingungen beliebig erscheine. Er erwarte bei auftretenden Differenzen eine sofortige Kompensation. Herr Löseke weist abschließend darauf hin, dass das Verfahren dem des vorherigen HSK entspreche und seines Wissens bislang akzeptiert worden sei. Unabhängig davon werde er in einer der nächsten Sitzungen des Finanz- und Personalausschusses über den Umsetzungsstand der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen berichten.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen zum Stand 30.04.2011 zur Kenntnis.

Zu Punkt 8

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2010 des Informatik-Betriebes Bielefeld (IBB) und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2493/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR vorgenommenen Pflichtprüfung des Informatik-Betriebes Bielefeld für das Geschäftsjahr 2010 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von 13.830.790,36 € und einem Jahresgewinn von 168.607,23 € (Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung) in der geprüften Form fest.
- 1.2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Informatik-Betriebes Bielefeld fest.
2. Der Rat beschließt, den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 168.607,23 € in voller Höhe an den städtischen Haushalt abzuführen.

Gem. § 31 GO NRW haben Frau Schmidt sowie die Herren Strothmann, Werner, Sternbacher, Tsapos und Rees an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 1.2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Ansatzkorrektur in der Produktgruppe 11.04.01 des Kulturamtes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2590/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Im Budget des Kulturamtes, Produktgruppe 11.04.01 - Kommunale Veranstaltungen - wird beim PSP-Element 11.04.01.02 - Kultursommer -, Sachkonto 5291000 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen - wird für das Haushaltsjahr 2011 ein Betrag von 125.000,00 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Rechnungsabschlusses.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

33. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2321/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die 33. Nachtragssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 wird gemäß der Anlage I beschlossen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2010 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2558/2009-2014

Auf Antrag der CDU wird über den letzten Satz unter Punkt 2.2 der Vorlage getrennt als Punkt 3 abgestimmt.

Beschluss:

1. ---

2.1 Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

2.2 Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC AG vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebs der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2010 zur Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 659.257.323,64 € (Anlage 2) und einem Jahresgewinn in Höhe von 6.899.352,99 € (Anlage 3) in der geprüften Form fest.

2.3 Der Rat beschließt, die gebührenrechtliche Unterdeckung der Straßenreinigung durch eine Entnahme aus der Gebührenrücklage in Höhe von 2.011.918,53 € auszugleichen.

2.4 Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld fest.

Gem. § 31 GO NRW haben die Herren Werner, Hamann und Henrichsmeier an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 2.4 nicht mitgewirkt.

- einstimmig beschlossen -

3. Der Jahresgewinn ist entsprechend den Sparten-Ergebnissen gem. Anlage 1 zu verwenden.

- mit Mehrheit beschlossen -

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 12

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2010 des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2564/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1.1 Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Greiffenhagen GmbH, Bielefeld, vorgenommenen Pflichtprüfung des Immobilienservicebetriebes Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von 964.547.001,37 € und einem Jahresgewinn von 1.047.183,61 € in der geprüften Form fest.

Er beschließt, den Jahresgewinn 2010 in voller Höhe der allgemeinen Rücklage des ISB zuzuführen.

1.2 Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes fest.

2. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat den Risikobericht 2010 des Immobilienservicebetriebes zur Kenntnis zu nehmen.

Gem. § 31 GO NRW haben Frau Schmidt sowie die Herren Henrichsmeier, Sternbacher, Rees und Hamann an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 1.2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2638/2009-2014

Frau Schmidt bittet darum, die als Anlage 1 beigefügte Maßnahmenliste für die Ratssitzung noch mit Beträgen zu versehen.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Bitte von Frau Schmidt und vorbehaltlich einer entsprechenden Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat folgende Verwendung der finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW zu beschließen:

- 600.000 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.
- 2,729 Mio. € werden an die moBiel GmbH zur anteiligen Finanzierung der XXL-Stadtbahnwagen (Vamos) weitergeleitet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 ist beigelegt)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

Bielefeld, 21.06.2011

Rainer Lux
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)

